

Niederschrift über die öffentliche Sitzung der Stadtverordnetenversammlung

Sitzungsdatum: Donnerstag, den 12.09.2024
Beginn: 18:00 Uhr
Sitzungsunterbrechung: 18:56 Uhr bis 19:02 Uhr
Ende: 19:36 Uhr
Ort, Raum: Stadthalle, WittasträÙe 5, 36251 Bad Hersfeld

Anwesend:

Mitglieder

Herr Lothar Seitz
Frau Michaela Birnbaum
Herr Sahin Cenik
Herr Thomas Daube
Frau Barbara Eckhardt
Herr Gerhard Finke
Herr Dr. Thomas Handke
Herr Werner Herbert
Herr Timo Kirsch
Frau Amy Petzel
Herr Uwe Seitz
Herr Karsten Vollmar
Herr Bernd Wennemuth
Herr Sebastian Liebau
Herr Andreas Rey
Herr Jan-Ulrich Saal
Herr Thomas Schaffert
Frau Silvia Schoenemann
Herr Jonas Seitz
Herr Lars Olaf Ullrich
Frau Alexandra Weirich
Herr Frank Berg
Herr Bernd Böhle
Herr Björn Diegel
Herr Rolf Malachowski
Herr Karl-Heinz Hüter
Herr Thomas Bös
Frau Doris Hoffmann
Herr Klaus-Dieter Stahr-Zimmermann
Frau Andrea Zietz
Herr Michael Barth
Herr Jürgen Richter
Herr Noah Seitz
Herr Armin Leckel

Herr Hasan Sekerci

vom Magistrat

Herr Gunter Grimm

Herr Günter Exner

Frau Antje Fey-Spengler

Herr Dr. Rolf Göbel

Herr Dirk Siebert

Herr Hans Georg Vierheller

Ab TOP 5

Schriftführer/in

Herr Steffen Siering

von der Verwaltung

Herr Martin Bode

Herr Dirk Boländer

Herr Meik Ebert

Herr Frank Effenberger

Herr Markus Heide

Herr Christian Helfrich

Frau Jutta Hendler

Herr Matthias Heyer

Herr Jerome Sauer

Herr Marcel Schenk

Frau Carmen Seitz

Frau Angelina Tejkl

Herr Johannes van Horrick

Entschuldigt:

Mitglieder

Frau Heike Busse

Herr Dieter Göbel

Herr Hans-Jürgen Schülbe

Herr Johannes Vierheller

vom Magistrat

Herr Marc Eidam

Frau Ayse Gül Tas-Dogan

Tagesordnung:

- 1. Feststellung der Beschlussfähigkeit**
- 2. Feststellung der Tagesordnung**

3. **Einwendungen gegen die Niederschrift über die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung vom 11.07.2024**
4. **Fragestunde**
5. **Mitteilungen des Stadtverordnetenvorstehers**
6. **Wahl eines stellv. Schriftführers**
1086/20
7. **Unterrichtung über den Stand des Haushaltsvollzugs 2024 gemäß § 28 GemHVO**
1072/20
8. **Pflichtprüfung des Jahresabschlusses für das Wirtschaftsjahr 2024 des Eigenbetriebes Abwasser**
1055/20
9. **Jahresabschluss des Abwasserbetriebes zum 31.12.2023**
1054/20
10. **Nutzungstarif für die Stadthalle Bad Hersfeld**
1077/20
11. **Statusberichte Investitionsprojekte Stand August 2024**
1068/20
12. **Änderung der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung für den Kommunalen Archivverbund**
1059/20
13. **Berichterstattung für das Louis-Demme-Stadtarchiv 1. Halbjahr 2024**
1058/20
14. **Zusatzvertrag zum Fördervertrag mit den kirchlichen Trägern**
1066/20
15. **Vorabzug Gesamtverkehrskonzept Rechberggelände**
1076/20
16. **Antrag der CDU-Stadtverordnetenfraktion betreffend Einrichtung einer Waffenverbotszone im Bereich der Innenstadt**
1079/20
17. **Antrag der CDU-Stadtverordnetenfraktion betreffend Trinkwasserbrunnen im öffentlichen Raum**
1082/20

**18. Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion betreffend
Glasfaserausbau in Bad Hersfeld aktiv begleiten**
1083/20

**19. Beantwortung des Antrages der FWG-Stadtverordnetenfraktion
betreffend Verpachtung von Flächen für PV-Anlagen**
0940/20/1

zu 1 Feststellung der Beschlussfähigkeit

Stadtverordnetenvorsteher Seitz eröffnet die Sitzung, begrüßt die Erschienenen und stellt Beschlussfähigkeit, sowie den ordentlichen Zugang der Ladung fest.
Die Stadtverordneten Vierheller, Göbel, Schülbe, Busse sowie die Stadträte Tas-Dogan und Eidam sind entschuldigt.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Der Ältestenrat empfiehlt, die TOPs 6 bis 14 ohne Aussprache zu beraten.

Weitere Einwendungen liegen nicht vor. Die Tagesordnung ist somit festgestellt.

zu 3 Einwendungen gegen die Niederschrift über die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung vom 11.07.2024

Es liegen keine Einwendungen vor. Die Niederschrift ist somit festgestellt.

zu 4 Fragestunde

Herr Richter erkundigt sich nach dem Gutachten bezgl. der zweiten Zufahrt zum Klinikum, ob dies bereits beauftragt wurde und wenn dies der Fall ist, ob es bereits Erkenntnisse daraus gibt.

Bürgermeisterin Hofmann führt aus, dass bereits ein Scoping-Termin mit allen Beteiligten stattgefunden habe. Außerdem habe man eine Begehung mit der Unteren und Oberen Naturschutzbehörde durchgeführt. Die Verwaltung ist in Abstimmung mit den Naturschutzbehörden, welche Parameter bei einer Ausschreibung beachtet werden müssen.

Der Auftrag sei noch nicht erteilt, aber die Abstimmung dafür laufe.

Herr Richter fragt nach, wann über das Thema Grundsteuer politisch debattiert wird.

Bürgermeisterin Hofmann antwortet darauf, dass noch nicht alle Datensätze vorliegen und im Herbst nach dem Lullusfest darüber debattiert werden soll.

zu 5 Mitteilungen des Stadtverordnetenvorstehers

Herr Seitz weist darauf hin, dass es ein Immobilienangebot oder Suchanfragen für die Öffentlichkeit gibt. Bürger können über das Leerstandsmanagement des Immobilienmanagements der Kreisstadt Bad Hersfeld Leerstände und Gewerbeimmobilien anbieten oder anfragen. Die Stadt tritt jedoch nur als Vermittler auf.

zu 6 Wahl eines stellv. Schriftführers 1086/20

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung wählt den städtischen Mitarbeiter Steffen Siering zum stellv. Schriftführer

einstimmig beschlossen

zu 7 Unterrichtung über den Stand des Haushaltsvollzugs 2024 gemäß § 28 GemHVO 1072/20

Beschluss:

Der Bericht über die Haushaltsentwicklung zum 20.08.2024 wird zur Kenntnis genommen.

zur Kenntnis genommen

zu 8 Pflichtprüfung des Jahresabschlusses für das Wirtschaftsjahr 2024 des Eigenbetriebes Abwasser 1055/20

Beschluss:

Die Pflichtprüfung für das Wirtschaftsjahr 2024 wird der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Strecker, Berger und Partner mbB, Brüder-Grimm-Platz 4, 34117 Kassel, übertragen.

einstimmig beschlossen

zu 9 Jahresabschluss des Abwasserbetriebes zum 31.12.2023 1054/20

Beschluss:

Dem Jahresabschluss und dem Jahresergebnis wird gemäß § 7 Abs. 3 Ziffer 5 und § 27 Eigenbetriebsgesetz zugestimmt.

Gemäß § 5 Ziffer 11 und § 27 Eigenbetriebsgesetz wird der Jahresabschluss zum 31.12.2023 gestellt. Der Jahresgewinn 2023 wird in Höhe von 2.211.568,49 EUR der Rücklage zugeführt.

einstimmig beschlossen

**zu 10 Nutzungstarif für die Stadthalle Bad Hersfeld
1077/20**

Beschluss:

Der Nutzungstarif wird mit den geänderten Preisen beschlossen und gilt ab dem 01.10.2024.

einstimmig beschlossen

**zu 11 Statusberichte Investitionsprojekte Stand August 2024
1068/20**

Beschluss:

Von den Statusberichten zu Investitionsprojekten Stand: August 2024 wird Kenntnis genommen.

zur Kenntnis genommen

**zu 12 Änderung der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung für den
Kommunalen Archivverbund
1059/20**

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt den vorliegenden Entwurf der Vereinbarung als Neufassung der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung für den Kommunalen Archivverbund Hersfeld-Rotenburg.

einstimmig beschlossen

**zu 13 Berichterstattung für das Louis-Demme-Stadtarchiv 1. Halbjahr 2024
1058/20**

Beschluss:

Von dem Bericht für das erste Halbjahr 2023 des Louis-Demme-Stadtarchivs wird Kenntnis genommen.

zur Kenntnis genommen

**zu 14 Zusatzvertrag zum Fördervertrag mit den kirchlichen Trägern
1066/20**

Beschluss:

Der Erhöhung des städtischen Anteils zur Finanzierung der kirchlichen Kindertagesstätten auf 90 % und dem Abschluss der entsprechenden Zusatzverträge mit den kirchlichen Trägern wird zugestimmt.

einstimmig beschlossen

**zu 15 Vorabzug Gesamtverkehrskonzept Rechberggelände
1076/20**

Herr Vollmar bittet, dass andere Pläne, welche sich durch den Ersatzneubau der Hochbrücke ergeben, in die Planungen zur Information miteinfließen sollen. Zusätzlich fragt er noch, welche Folgen dies in anderen Bereichen haben kann.

Bürgermeisterin Hofmann führt aus, dass im nächsten Sitzungszug die Planungen zum Rechberggelände miteingebracht werden, ein Zeitplan dazu erstellt wird und welche Maßnahmen angedacht sind und welche wann umgesetzt werden können.

Beschluss:

Von dem beschriebenen Sachverhalt wird Kenntnis genommen.

zur Kenntnis genommen

**zu 16 Antrag der CDU-Stadtverordnetenfraktion betreffend Einrichtung
einer Waffenverbotszone im Bereich der Innenstadt
1079/20**

Herr Rey begründet den Antrag der Fraktion damit, dass durch einen Beschluss beim Landkreis, welcher die zuständige Genehmigungsbehörde darstellt, ein Antrag auf eine Waffenverbotszone gestellt werden soll. Er führt aus, dass durch die Einrichtung einer solchen Zone eine abschreckende Wirkung auf potenzielle Täter erzielt wird. Es wird außerdem das subjektive Sicherheitsgefühl verbessert und die Arbeit der Polizei erleichtert, da sie Personen anlassunabhängig kontrollieren können. Solche Verbotszonen sollen in der Regel innerhalb bestimmter Zeiträume gelten.

Herr Richter führt aus, dass das Personal im Fachbereich Ordnungsdienste dazu befähigt sein sollte Kontrollen durchzuführen.

Herr Böhle gibt an, dass es sinnvoll sei, diesen Antrag vorerst im neu gegründeten Kriminalpräventionsrat zu besprechen. Er fragt sich, ob Kontrollen einen Erfolg erzielen werden, ob Waffen nur temporär beschlagnahmt werden und ob es Bußgelder geben wird.

Er bittet darum, die Sitzung zu unterbrechen und den Ältestenrat sich besprechen zu lassen.

Frau Zietz erklärt anhand des Beispiels des Frankfurter Bahnhofsviertels, dass Erfolge eher in eingegrenzten Gebieten erzielt werden und eine Zone für die gesamte Innenstadt über das Ziel hinausschießen würde. Das Mitführen von Waffen ist generell eingeschränkt und auf Festen könne man das Hausrecht geltend machen. Des Weiteren würden Straftäter sich von einer Verbotszone nicht abschrecken lassen. Sie empfiehlt den Beschluss als Prüfauftrag an den Magistrat zu geben.

Bürgermeisterin Hofmann erklärt, dass das Mitführen von Waffen bei Festen, Märkten, etc. nach dem Waffengesetz verboten ist. Nach Mitteilung des Direktionsleiters der Polizei sei die Einführung einer solchen Zone unabhängig von

Festen vertretbar. Die Zuständigkeit liege bei der Kreisordnungsbehörde, die Stadt könne den Antrag nur unterstützen, was bei Beschluss auch getan wird. Sie regt an, dass die Zone zeitlich eingeschränkt werden soll und beschildert wird. Laut Kriminalstatistik wäre mit der Zone der Innenstadtbereich abgedeckt. Sie fügt hinzu, dass durch die Polizei Kontrollen durchgeführt werden können.

Herr Sekerci führt aus, dass sich ausländische Mitbürger aufgrund von Diskriminierungen kriminalisieren würden und schon bei der Erziehung durch Familie und Lehrer aufgezeigt werden soll, dass Waffengewalt keine Maßnahme sein sollte.

Herr Vollmar fügt hinzu, dass eine Waffenverbotszone eine Signalwirkung, vor allem für junge Menschen sei und dadurch Gewalttaten unterbunden werden.

Anschließend wird die Sitzung von 18:56 Uhr bis 19:02 Uhr zwecks weiterer Beratung im Ältestenrat unterbrochen.

Herr Seitz teilt nach der Sitzungsunterbrechung mit, dass der Ältestenrat empfiehlt, den Antrag in der von der CDU-Stadtverordnetenfraktion gestellten Fassung zu verabschieden.

Wenn der Magistrat mit allen Behörden (Ortspolizeibehörde, Kreisordnungsbehörde, Polizeidirektion) über die Einrichtung einer Waffenverbotszone gesprochen hat, soll Bürgermeisterin Hofmann in den Kriminalpräventionsrat einberufen und der Antrag dort nochmals behandelt werden.

Beschluss:

Der Magistrat wird beauftragt, in enger Abstimmung mit der Ortspolizeibehörde, der Kreisordnungsbehörde und Polizeidirektion Bad Hersfeld die Einrichtung einer Waffenverbotszone innerhalb des Stadtrings (Hainstraße – Reichsstraße – Dippelstraße – Meisebacher Str. – Simon-Haune-Str. – Gerwigstr. – Nachtigallenstr. – Eichhofstr.) beim Landkreis als zuständige Genehmigungsbehörde zu beantragen, in der sowohl das Führen von Waffen im Sinne des Waffengesetzes als auch das Führen von waffenähnlichen Gegenständen verboten ist.

Ziel ist es, die Sicherheit für die Bürgerinnen und Bürger weiter zu erhöhen.

Die Gefahrenabwehrsatzung ist entsprechend anzupassen.

mehrheitlich beschlossen

Gegen den Antrag stimmte Herr Sekerci. Der Stimme enthalten hat sich Herr Leckel.

zu 17 Antrag der CDU-Stadtverordnetenfraktion betreffend Trinkwasserbrunnen im öffentlichen Raum 1082/20

Herr Ullrich begründet den Antrag, dass bei Hitzebelastungen nicht nur Bürgerinnen und Bürger, sondern auch Festspielbesucher und Touristen davon profitieren können. So würden auch Menschen, welche sich die Kosten für Trinkwasser in Flaschen nicht leisten können, der Zugang zu sauberem Trinkwasser ermöglicht. Des weiter würden öffentliche Trinkwasserbrunnen ein notwendiges Gestaltungselement darstellen.

Herr Richter stellt die Frage an die Verwaltung, wie der Bestand an Brunnen und Trinkgelegenheiten in der Stadt ausschaut und was wir noch benötigen.

Bürgermeisterin Hofmann antwortet, dass seit dem vergangenen Jahr eine „coole Karte“ existiert, auf der Grünflächen und Orte angegeben werden, an denen man Trinkwasser erhalten kann. Die städtischen Brunnen seien mit Chemikalien versetzt, sodass man das Wasser nicht trinken kann. Es gibt das Angebot sich eine Flasche Wasser im Wortreich, Tourist-Information oder im Rathaus zu holen.

Frau Zietz beanstandet, dass dem Antrag eine Auflistung der Kosten fehlt. Sie beantragt den Antrag in die Haushaltssitzung des Haupt- und Finanzausschusses zu verweisen.

Herr Vollmar erklärt, dass es sich bei dem Antrag um einen Prüfauftrag handelt.

Anschließend wird über den Änderungsantrag der Fraktion Die Grünen abgestimmt.

Beschluss:

mehrheitlich abgelehnt

Gegen den Antrag stimmten die SPD-Fraktion und 8 Mitglieder der CDU-Fraktion. Für den Antrag stimmten die Grünen-Fraktion und ein Mitglied der UBH-Fraktion. Der Stimme enthalten haben sich die FDP-Fraktion, 3 Mitglieder der FWG-Fraktion, Herr Leckel und Herr Sekerci.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung der Kreisstadt Bad Hersfeld möge beschließen:

Der Magistrat wird beauftragt,

1. ein Konzept zur Errichtung und zum Betrieb von gut sichtbaren und für alle Menschen gut erreichbaren Trinkwasserbrunnen in der Innenstadt zu entwickeln. Die Trinkwasseranlagen sollten eindeutig erkennbar und als solche gekennzeichnet werden.
2. zu prüfen, ob hierfür Fördermittel bei Bund oder Land beantragt werden können.
3. zu prüfen, inwieweit eine Abwicklung über die Wirtschaftsbetriebe/Stadtwerke möglich ist.

mehrheitlich beschlossen

Gegen den Antrag stimmten die 3 Mitglieder der Grünen-Fraktion. Für den Antrag stimmten die SPD-Fraktion, die 8 Mitglieder der CDU-Fraktion. Der Stimme enthalten haben sich die FDP-Fraktion, die 3 Mitglieder der FWG-Fraktion, ein Mitglied der Grünen-Fraktion, ein Mitglied der UBH-Fraktion, Herr Leckel und Herr Sekerci.

zu 18 Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion betreffend Glasfaserausbau in Bad Hersfeld aktiv begleiten 1083/20

Herr Finke teilt mit, dass Bürgerinnen und Bürger unzufrieden mit der Wiederherstellung von Gehwegen und Straßen sind. Es sei erforderlich, dass der Bauhof häufiger die Arbeiten kontrolliere, damit versteckte Mängel eher gefunden werden können. Außerdem sei es sinnvoll eine Meldekette zu etablieren, da

Bürgerinnen und Bürger wichtige Hinweise liefern können. Als Instrument für eine Meldekette bietet sich der Online-Mängelmelder und eine Hotline beim Tiefbauamt an. Der Sachstand bei der Abnahme oder Teilabnahme nach VOB sollte der Stadtverordnetenversammlung mitgeteilt werden.

Herr Richter fragt nach der Sichtweise der Verwaltung, ob genannte Punkte bereits bearbeitet werden und welche noch offen sind.

Bürgermeisterin Hofmann erklärt, dass die Stadt die Planung u. Ausführung bereits heute aktiv begleitet. Die Fachbereiche Ordnungsdienste und Technische Verwaltung sind im Gespräch mit den Mitarbeitern der Firmen TNG, Glasfaser Plus und den bauausführenden Firmen. Es gibt die Möglichkeit über E-Mail und dem städtischen Mängelmelder Anregungen einzureichen.

Die Stadt ist nicht der Auftraggeber, vermittelt jedoch zwischen den Bürgern und den Firmen.

Es wird zudem stichprobenartig geschaut, wie die Wiederherstellung verläuft. Die Stadt lässt sich Pläne vorlegen, zu welcher Zeit welcher Bereich wiederhergestellt wird. Jedoch halten sich die Firmen nicht an diese.

Herr Herbert beanstandet, dass einige Bürgerinnen und Bürger keine angemessene Zeit bekommen haben, um über den vorzeitigen Arbeitsbeginn informiert zu werden. Des Weiteren wurde wahrscheinlich Arbeitsschutzgesetze, wie z. B. das Arbeitszeitgesetz nicht eingehalten.

Herr Böhle zeigt auf, dass die Antragspunkte A und B aus der Sicht der FDP-Stadtverordnetenfraktion erfüllt sind. Daraufhin bittet er die SPD-Stadtverordnetenfraktion den Antrag auf den Teil des Sachstandberichtes über die erfolgte Abnahme zu begrenzen.

Die SPD-Stadtverordnetenfraktion stimmt dem Vorschlag von Herrn Böhle nicht zu.

Beschluss:

- Die Stadtverordnetenversammlung der Kreisstadt Bad Hersfeld bittet den Magistrat, eine aktive Begleitung der Oberflächenwiederherstellung im Straßennetz der Kreisstadt durch das Tiefbauamt und durch den Referenten für Öffentlichkeitsarbeit zu veranlassen. Hierbei sollen insbesondere folgende Aspekte im Fokus der Maßnahmen stehen und umgesetzt werden:
 - a) Eine stichprobenartige Überwachung der fachgerechten Wiederherstellung der aufgebrochenen Verkehrsflächen und
 - b) Die Berücksichtigung der Thematik bei der Öffentlichkeitsarbeit durch
 - i. Hinweise auf den online geschalteten Mängelmelder der Kreisstadt
 - ii. Einrichtung einer Hotline oder einer Online-Meldestelle beim Tiefbauamt (Telefonnummer, E-Mail-Anschrift) zur Weiterleitung von Fragen und Beanstandungen an die Verantwortlichen von TNG oder Glasfaser Plus.

- Die Stadtverordnetenversammlung der Kreisstadt Bad Hersfeld bittet den Magistrat um einen Sachstandsbericht über die erfolgte Abnahme zum Stichtag 31.12.2024 sowie 01.05.2025 der final wiederhergestellten Verkehrsflächen und den Umfang der ggfs. noch notwendigen Mängelnachbearbeitung.

mehrheitlich beschlossen

Gegen den Antrag stimmten die FDP-Fraktion, die 3 Mitglieder der FWG-Fraktion, ein Mitglied der UBH-Fraktion und Herr Leckel. Für den Antrag stimmten die SPD-Fraktion, die Grünen-Fraktion und die 8 Mitglieder der CDU-Fraktion. Der Stimme enthalten hat sich Herr Sekerci.

zu 19 Beantwortung des Antrages der FWG-Stadtverordnetenfraktion betreffend Verpachtung von Flächen für PV-Anlagen 0940/20/1

Beschluss:

Die Beantwortung des Antrags der FWG- Fraktion wird festgestellt. Als erster Ansprechpartner für das Photo-Voltaik-Kataster städtischer Liegenschaften städtischer Liegenschaften fungiert der Bereich Klimaschutz.

zur Kenntnis genommen

gez. Lothar Seitz

gez. Steffen Siering

Stadtverordnetenvorsteher

Protokollführer